

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 16. Dezember 2019

Nachhaltige Entwicklung durch einen freien und fairen Welthandel – Multilateralismus stärken

Handel gilt nach wie vor als Schlüssel für nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Beschäftigung. Freie Demokraten setzen sich für einen freien und fairen, das heißt auf Regeln und Nachhaltigkeit basierenden weltweiten Handel ein, damit eine gleichberechtigte Teilhabe aller Staaten am regionalen und internationalen Handel stattfinden kann. In den letzten 25 Jahren konnten Wirtschaftswachstum und Marktwirtschaft die absolute Armut in Entwicklungsländern von 47 Prozent auf 14 Prozent senken.

Wir Freie Demokraten lehnen die Forderung ab, die Freiheit des Welthandels einzuschränken, weil dieser bestimmten Vorstellungen von Fairness widerspreche. Freiheit und Fairness sind kein Gegensatz. Auch beim Welthandel müssen Freiheit und Fairness Hand in Hand gehen. Dies setzt allerdings einen starken marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen voraus. Dabei ist sicherzustellen, dass nicht nur klare Regeln vereinbart, sondern dass diese Regeln auch durchgesetzt werden. Wer diese gemeinsam beschlossenen Regeln verletzt, muss mit entsprechenden Sanktionen rechnen. Das sogenannte Recht des Stärkeren hat in einem demokratischen Rechtsstaat und in einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung nichts zu suchen.

Für Entwicklungsländer sind die Integration in globale Wirtschaftsabläufe, der Aufbau und die Integration in Wertschöpfungsketten, Know-how-Transfer und die politische Begleitung und Beratung beim Aufbau von Institutionen häufig viel wichtiger als staatliche Entwicklungsgelder. Mit neuen finanzstarken Akteuren wie unter anderem China und den Golfstaaten, die massiv in Infrastrukturprojekte für Handelsnetzwerke in Afrika investieren, gilt dies umso mehr.

Globale Wertschöpfungsketten, Digitalisierung, die Herausforderungen des Klimawandels und Nachhaltigkeit haben internationale Handelsstrukturen entscheidend verändert und die Anforderungen an inklusives Wirtschaftswachstum verschärft. Daher fordern wir Investitionen als Fundament für Innovationen und eine enge Zusammenarbeit mit neuen Akteuren, um die Transformationsfähigkeit und Resilienz von Staaten als wichtige Voraussetzungen für nachhaltigen und breitenwirksamen Wohlstand sicherzustellen.

Multilaterale Handelsprozesse fördern und den WTO-Reformprozess nachhaltig gestalten

Wir Freie Demokraten lehnen die wachsenden Tendenzen der Abschottung und des Protektionismus konsequent ab, weil die Herausforderungen im Umgang mit globalen Gütern (unter anderem Klimaschutz, Ressourcenverteilung), die internationale Vernetzung und bestehende Wohlstandsunterschiede nicht unilateral zu lösen sind, sondern ein multilaterales Handeln erfordern. Wir fordern deshalb die Stärkung und den Ausbau des multilateralen Handelssystems gegen Protektionismus, Nationalismus und Subventionen. Das bedeutet auch, dass die Gemeinsame Agrarpolitik nicht zulasten der Entwicklungsländer betrieben werden soll. Wir wollen, dass die Bäuerinnen und Bauern in Europa unabhängig von Subventionen erfolgreich wirtschaften können. Dabei wollen wir sie unterstützen, um gemeinsam mit ihnen die für Entwicklungsländer nachteiligen Agrarsubventionen sukzessive abzubauen zu können, ohne dass die europäische Landwirtschaft dabei Schaden nimmt.

Die Welthandelsorganisation (WTO) ist nach wie vor das multilaterale Verhandlungsforum, welches einen geregelten freien und auch fairen Regelungsrahmen für den Welthandel sicherstellen kann. Darüber hinaus muss die WTO auch ein gewichtiges Forum für Initiativen in neuen Bereichen werden, unter anderem der Handels- und Klimapolitik sowie der Investitions- und Digitalisierungspolitik. Die WTO stellt dabei sicher, dass Entwicklungs- und Schwellenländer ihre Handelsinteressen auf Augenhöhe mit den Industrieländern durchsetzen können. Wir streben daher langfristig eine weltweite Freihandelsordnung im Rahmen der WTO an. Dabei sehen wir die Weiterentwicklung bi- und plurilateraler Handelsabkommen auch unter dem Blickwinkel einer späteren Überführung in eine weltweite Freihandelsordnung. Ausstehende Ergebnisse in den Welthandelsrunden seit 2002 und eine veränderte US-Handelspolitik blockieren jedoch derzeit die Funktionsfähigkeit der WTO. Dadurch werden weder die Entwicklungsthemen der laufenden Doha-Runde, die für einige WTO-Mitglieder nicht mehr gilt, weiterverhandelt, noch können relevante Handelsregelungen zu neuen Themen (Investitionen, Dienstleistungen, digitaler Handel) beschlossen werden.

Eine umfassende Reform der WTO ist dringend geboten, um den Fortbestand der WTO, als Hüterin eines regelbasierten globalen Handels sicherzustellen und Tendenzen des Protektionismus entgegenzuwirken. Wir begrüßen den laufenden Diskussionsprozess zu einer institutionellen Reform der WTO mit dem Ziel, die WTO als Verhandlungsforum und als wichtige Säule eines multilateralen, handelspolitischen Regelrahmens zu stärken sowie eine Modernisierung der WTO-Verfahren durchzusetzen.

Gegenwärtig fühlen sich Entwicklungs- und Schwellenländer jedoch nicht ausreichend in die Verhandlungen und WTO-Initiativen einiger WTO-Mitglieder zur Reform der WTO eingebunden. Um den multilateralen Charakter von Beginn an sicherzustellen, fordern wir Freie Demokraten, Entwicklungs- und Schwellenländer stärker in die Gespräche zu den Reformvorschlägen einzubeziehen. Wir setzen uns für einen ergebnisoffenen Diskussionsprozess ein, der auch kritische Themen wie eine Differenzierung der Gruppe der Entwicklungsländer nach objektiven Kriterien zulässt. Hier zeigt sich, dass die Entwicklungsländer zunehmend nicht als homogener Block agieren, sondern je nach Thema und Bedarf sehr unterschiedlich abstimmen. Von der WTO gewährte Präferenzen müssen zielgenau an dem Bedarf der Ländergruppen ausgerichtet sein. Nötig ist zudem, den kritischen Themen einen institutionellen Rahmen zu geben, insbesondere zu regulatorischen Maßnahmen, die sensible Politikbereiche umfassen und hohe Umsetzungskosten oder andere nachteilige Auswirkungen für Entwicklungsländer beinhalten könnten. Um einen multilateralen Diskussions- und Verhandlungsrahmen sicherzu-

stellen, fordern wir, dass sich die EU einerseits für einen begleitenden multilateralen handelspolitischen Beratungsfonds in der WTO einsetzt sowie für einen Mechanismus, um mehr Transparenz und Kohärenz in bilaterale und regionale Verhandlungen und Abkommen zu bringen.

Nachhaltigkeitsstandards fordern und fördern

Die von der internationalen Staatengemeinschaft in 2015 beschlossene Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung bildet mit den 17 Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) entlang globaler Herausforderungen wie Armut, Bildung, Gesundheit, Klima- und Artenschutz, Wirtschaft und Wohlstand, den Handlungsrahmen für die Weltwirtschaft. Wir Freie Demokraten fordern für die Umsetzung der Agenda 2030 in Verbindung mit dem Pariser Klimaabkommen eine klare Ausrichtung der Entwicklungspolitik an den Zielen der Agenda 2030.

Der internationale Handel, der heute vor allem über Wertschöpfungsketten global organisiert und komplex abläuft, hat vielfach zu einer Verlagerung der Produktion in Länder mit niedrigen Sozial- und Umweltstandards geführt. Der globale Charakter solcher Wertschöpfungsketten erfordert dementsprechend auch einen multilateralen Lösungsansatz, um die Anwendung von Nachhaltigkeitsstandards weltweit umzusetzen. Anstatt einseitig kontinuierlich Forderungen an die deutsche Privatwirtschaft (Textilbündnis, Einführung eines neuen Nachhaltigkeitsstandards, Grüner Knopf, Lieferkettengesetz) zu stellen, muss die Bundesregierung multilaterale Foren und Institutionen nutzen und fördern. Wir kritisieren, dass die Bundesregierung seit Jahren lediglich Lippenbekenntnisse zugunsten einer Stärkung des Multilateralismus abgibt, tatsächlich aber multilaterale Institutionen vernachlässigt und verstärkt einen bilateralen Ansatz praktiziert.

Viele Entwicklungsländer empfinden die weitreichend geforderten Nachhaltigkeitsstandards für den Import von Produkten als nicht-tarifäre Handelshemmnisse, mit denen der europäische Markt versucht, sich abzuschotten. Für eine entwicklungsorientierte Handelspolitik bedeutet dies dann auch, nicht nur soziale, ökologische und ökonomische Standards zu fordern, sondern vor allem die Förderung der Entwicklungsländer bei deren Umsetzung. Wir fordern, dass die Bundesregierung mehr Anstrengungen unternimmt, Entwicklungsländer dabei zu beraten, dass die Anwendung von Umwelt- und Sozialstandards im Interesse der eigenen Bevölkerung ist. Darüber hinaus müssen Entwicklungsländer in die Lage versetzt werden, diese Standards einhalten zu können, zum Beispiel durch den Ausbau und die Verbesserung lokaler Qualitätsinfrastruktur (Labore, Akkreditierungs- und Zertifizierungsstellen). Jenseits der klassischen privat-öffentlichen Zusammenarbeit brauchen wir dafür zudem neue Formen der Partnerschaften mit der Privatwirtschaft (SDG 17). Schließlich sind es die Unternehmen, die über das entsprechende unternehmerische Know-how verfügen und nicht staatliche Institutionen.

Zusammenarbeit mit neuen Kooperationspartnern ausbauen

In einer sich geo- und handelspolitisch verändernden Welt, setzen wir Freie Demokraten auf die sich daraus ergebenden Chancen. Mit dem neuen, wenig berechenbaren handelspolitischen Kurs der US-Administration, einem anstehenden Austritt Großbritanniens aus der EU und neuen Akteuren in Afrika wie China, Türkei und den Golfstaaten stellen sich auch im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Entwicklungsländern Fragen hinsichtlich neuer Formen der Zusammenarbeit.

China ist inzwischen einer der wichtigsten Handelspartner in Afrika mit einem Handelsvolumen von 145 Mrd. Euro (2017). Das von Xi Jinping in 2013 angekündigte weltumspannende Projekt einer „Neuen Seidenstraße“, die sogenannte „Belt and Road Initiative“ löste weitere Großinvestitionen für Infrastrukturprojekte in Afrika aus. Bei dem AU-China Gipfel im September 2018 wurden 60 Mrd. Euro für den Bau von Straßen, Eisenbahnlinien und Kraftwerken versprochen. Wie auch die afrikanischen Staaten, begrüßen wir solche Investitionen in Afrika, da gerade der Ausbau funktionierender Verkehrswege (Straßen, Häfen etc.) ein wichtiger Faktor für den Handel in und mit Afrika ist. Dennoch stimmen wir mit vielen afrikanischen Staaten darin überein, dass eine kritische Bewertung chinesischer Investitionen nicht außer Acht gelassen werden darf. Die Investitionen, die teilweise als Kredite vergeben werden, lassen die Verschuldung einiger afrikanischer Staaten stark ansteigen. Zudem werden die Projekte häufig mit chinesischen Arbeitnehmern und Firmen durchgeführt und damit kaum neue lokale Arbeitsplätze geschaffen und kleine afrikanische Unternehmen vom Markt verdrängt. Darüber hinaus gilt es, Themen wie mangelhafte Arbeitsstandards und Umweltschutzmaßnahmen anzusprechen, wenn man in den Ländern gemeinsam aktiv ist und die Partnerseite dies wünscht.

Neben China haben weitere neue Länder, wie die Türkei und die Golfstaaten strategische Interessen an dem Auf- und Ausbau von Häfen und Verkehrswegen in Afrika, um wichtige Handelsrouten und maritime Handelswege zu sichern (Horn von Afrika, Rotes Meer und Suez-Kanal). Als Liberale halten wir an einer Politik freier Handelsrouten fest. Für den afrikanischen Handel, sowohl den regionalen als auch internationalen Handel, ist dies besonders relevant, weswegen sicherzustellen ist, dass die anerkannten afrikanischen Organisationen (AU, EAC, ECOWAS, SADC etc.) in diese Prozesse eingebunden sind.

Vor diesem Hintergrund fordern wir Freie Demokraten neue Formen der Kooperation (verstärkter Ausbau von Multiakteurspartnerschaften) mit den neuen Akteuren in der Region, den relevanten Regionalorganisationen und internationalen Organisationen. Dabei muss die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern Kern jeder Zusammenarbeit sein und solche Kooperationen mit neuen Partnern, und/oder weiteren Organisationen auch im Interesse unserer Partner sein.

Digitalisierung und Innovationen für mehr Handel in Entwicklungsländern

Einigkeit besteht, dass der strukturverändernde Charakter der Digitalisierung und damit einhergehender Innovationen Auswirkungen auf alle Lebensbereiche unseres Lebens hat, vergleichbar nur mit Transformationsprozessen wie der Industrialisierung. Dabei betreffen diese Veränderungen Menschen in Industrieländern und Entwicklungsländern gleichermaßen. Wir Freie Demokraten setzen auf die Chancen innovativer Technologien und fordern, diese Möglichkeiten auch für Entwicklungsländer besser zu nutzen. Dabei lassen wir die damit einhergehenden Ängste der Menschen vor digitaler Überforderung und Abkoppelung und den Auswirkungen auf das Privatleben und das Arbeitsleben (Automatisierungen) ebenso wenig außer Betracht wie die sich daraus ergebenden Anpassungserfordernisse.

Gegenwärtig sind über 50 Prozent der Weltbevölkerung, vor allem in Entwicklungsländern immer noch ohne Internetzugang und profitieren damit wenig oder gar nicht von den Chancen des digitalen Handels. Dabei hat die Ausweitung des internationalen Handels durch globale Wertschöpfungsketten

großes Potenzial für eine höhere Beschäftigung. Besonders relevant ist dies, da viele Entwicklungsländer – vor allem in Afrika – mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit zu kämpfen haben. Laut Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) waren in 2016 29,3 Prozent der Jugendlichen in Nordafrika arbeitslos, dies entspricht der zweithöchsten Rate aller Regionen weltweit. Gleichzeitig sind es gerade die jungen Menschen, die auch verstärkt in Afrika auf Zukunftstechnologien setzen und Start-up-Unternehmen, auch mit wenigen Mitteln, aufbauen. Wir Freie Demokraten wollen diesen Unternehmergeist fördern und setzen besonders auf innovative Lösungen für Entwicklungsländer, die geeignet sind technologische Schritte zu überspringen („Leapfrogging“). Dabei lassen wir nicht außer Acht, dass dennoch die technologische Infrastruktur und grundlegende e-Qualifikationen unterstützt werden müssen.

Digitale Innovationen können den globalen Handel erheblich erleichtern und damit die Kosten des Handels senken, was besonders den geringen regionalen Handel in Afrika (17 Prozent) verbessern kann und einer Teilhabe von Entwicklungsländern am internationalen Handel zu Gute kommt. Insbesondere der Online-Handel, der in Afrika lediglich bei 2,3 Prozent liegt, kann für Entwicklungsländer von herausragender Bedeutung sein, weil Angebot und Nachfrage leichter zueinander finden, auch wenn die Partner auf unterschiedlichen Kontinenten liegen. Digitaler Handel ermöglicht Entwicklungsländern einen beschleunigten Zugang zu den Weltmärkten und verbessert deren Wettbewerbsfähigkeit. Vor allem für kleine und mittelständische Unternehmer und Frauen, die zu jeder Zeit, auch von zuhause aus ihre Waren über das Internet verkaufen können, liegen hier enorme Chancen für eine verbesserte Teilhabe am Welthandel.

Um die rasant wachsende digitale Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu überwinden, fordern wir Freie Demokraten, das Potential der Digitalisierung für Entwicklungsländer besser auszuschöpfen. Das kann durch abgestimmte Begleitmaßnahmen mit unseren internationalen Partnern, der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit und vor allem unter Einbeziehung und Kooperationen mit der Privatwirtschaft geschehen.